

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 21 38. Giro-Konto 146

Wochenblatt Post-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Besondereinrichtungen, hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pul: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pul, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pul; amtlich 1 mm 30 Pul und 24 Pul; Reklame 25 Pul. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Abgabe oder in Kontursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großnaundorf, Bretnig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedrichsdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Büchsenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2
Druck und Verlag von E. S. F. Erben (Inh. J. W. Mohr)
Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 81

Sonnabend, den 5. April 1930

82. Jahrgang

Das Wichtigste

Auf dem Bahnhof von Tessonnières unweit Toulouse ereignete sich ein schwerer Zugzusammenstoß, bei dem 28 Personen verletzt wurden. Vier der Verletzten ringen mit dem Tode. Ein Zug überfuhr ein Haltsignal.

Der französische Ministerpräsident Lardieu hat am Freitag auf Anraten des Arztes noch das Zimmer geblieben, wird aber an der heutigen Eröffnung der Senatsausprache über die Haager Abkommen wieder teilnehmen.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

Der Ernst des Lebens

„Nicht für die Schule lernen wir, sondern für das Leben.“ Dieser alte Satz gewinnt jetzt für die Tausende die erste praktische Bedeutung, die von den Vätern des Wissens an die Jünger des Wirkens treten. Was bisher nur mehr oder weniger „graue Theorie“ war, soll eingelebter werden in den Fluß der Kräfte und Säfte des öffentlichen Geschehens. Die Probe auf das große Exempel beginnt. Dieses große Exempel aber ist nichts anderes, als die Persönlichkeit selbst, die durch ihre Leistung ihre Daseinsberechtigung beweisen und erhärten soll. Zur Erbringung dieses Nachweises wollte die Schule lebendig das geistige Rüstzeug an Hand geben. Damit war ihre Aufgabe erfüllt.

Nicht jeder, der ein Musterschüler war, wird auch im Leben sich in die vorderste Linie zu stellen vermögen. Es gibt genug Beispiele dafür, daß wissenschaftliche Leuchten gegenüber den nüchternen Erfordernissen des Alltags ihr Licht unter dem Scheffel halten mußten. Die Väter der größten Gedanken waren oft kleine Kinder, wenn die rauhe Wirklichkeit sie anging. Gerade unsere Zeit der Mechanisierung und der Rationalisierung des Denkens und Handelns wird dem Tüchtigen ein viel willigerer und bereiter Bundesgenosse als früher sein. Womit nicht gesagt sein soll, daß die Ellenbogenmoral ein erstrebenswertes Ziel bedeutet.

Die Formen, unter denen der Ernst des Lebens den Einzelnen zwingt aus sich herauszugehen, sein Können zu zeigen, sind nicht immer die gleichen. Sie richten sich nach der Aufgabe, die er sich selbst vorgenommen hat oder die ihm durch den erwählten Weg vorgelegt wird. Mancher Mensch wächst „mit seinen höheren Zwecken“ bisweilen sogar über sich selbst hinaus, und bei vielen wird sich der Horizont zeitweilig nicht über die nächste Kirchturmspitze weiten. Gleich, ob so oder so, jeder hat den Platz voll auszufüllen, auf dem er steht. Nur dem, der sein Bestes gibt, wird das Leben den verdienten Lohn wiedergeben. Das Leben bleibt ein ewiger Kampf, und „setzt ihr nicht (auch unblutig) das Leben ein, nie wird euch das Leben gewonnen sein!“

Pulsnitz. (Der ärztliche Sonntagsdienst) wird am Sonntag, den 6. April 1930 von Herrn Dr. med. Viertel versehen.

Pulsnitz. (Konzert Arno Heydrich.) Wir machen an dieser Stelle nochmals auf das am Montag, den 7. April stattfindende Konzert Arno Heydrich aufmerksam.

Pulsnitz. (Freiwillige Sanitätskolonne vom Roten Kreuz.) Am 31. März hielt die Sanitätskolonne ihre diesjährige Hauptversammlung im Ratsteller ab. Aus dem 30. Jahresbericht, welcher vom Schriftführer Kamerad Kreißel vorgetragen wurde, ist folgendes zu entnehmen: Die Kolonne besteht z. Zt. aus 44 aktiven Mitgliedern und 8 Kolonnenhelferinnen, ferner zählt die Kolonne 130 unterstützende passive Mitglieder. Die Geschäfte der Kolonne wurden in 1 Generalversammlung, 12 Jahreshauptversammlungen und 2 Kolonnenversammlungen erledigt. Übungen wurden 12 abgehalten, und zwar 8 Verbände- und Geländebildungen, 1 Alarmübung, 1 Übungsmarsch nach Gersdorf mit Zusammenreffen der Schwesterkolonne Ramenz, 1 Unterrichts- und Vortragabend und 1 Bezirksübung am Bahnhof. Sämtliche Übungen erfreuten sich eines sehr regen Besuches, wozu vor allem die überaus lehrreichen Vorträge und Unterredungen des bewährten Herrn Vorsitzenden und Kolonnenarztes Dr. med. Schöne beitrugen und anregten. Ihm gebührt auch an dieser Stelle herzlichster Dank. Am 20. Oktober 1929 konnte die Kolonne ihr 30. Stiftungsfest feiern; bei dieser Gelegenheit wurde Herrn Dr. med. Schöne das sächsische Ehrenzeichen III. Klasse und Kamerad Georg Schwiebus das sächsische Ehrenzeichen II. Klasse für 25jährige treue Dienste durch Herrn Geheimrat von Bose überreicht. Sanitätsdienst wurde bei allen sportlichen und feierlichen Veranstaltungen geleistet. Der Dienst wurde reglementiert im Stadtbad Pulsnitz, im Volksbad Pulsnitz M. S., bei Fuß- und Hand-

Am Mittwoch Beratung der Steuervorlage im Reichstag

Auch das Agrarprogramm soll schon in nächster Woche vorgelegt werden

Das englisch-italienische Verhältnis gestört?

Der Ältestenrat des Reichstages hat beschlossen, daß am Sonnabend und Montag keine Plenarsitzungen abgehalten werden sollen. Die Beratung der Steuervorlage im Reichstagsplenum soll erst am Mittwoch beginnen. Außerdem soll in der nächsten Woche noch die Agrarvorlage in Angriff genommen werden.

Der Reichsfinanzminister über die Steuerpläne der Regierung.

Das Finanzprogramm im Steuerausschuß. Der Steuerausschuß des Reichstages begann am Freitag unter dem Vorsitz des Abg. Oberhofen (Dnati.) mit der Beratung der Deckungsvorlagen, zu denen der Benzin- und Benzolölzoll gehört sowie die Änderung des Tabak- und Zuckerteuergesetzes, die Mineralwassersteuer, die Änderung der Biersteuer, die Erhebung der Aufbringungsumlage für 1930 und die Verordnung über den Kraftfahrzeugsteuerzuschlag.

Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer eröffnete die allgemeine Aussprache mit dem Hinweis, daß die Deckungsvorlagen die Aufgabe hätten, das Defizit des Etats 1930 auszufüllen. Dieses Defizit war berechnet auf etwa 292 Mill. M. Es hat sich aber ergeben, daß es etwas höher sein wird. Durch Einnahmeausfälle und Mehrausgaben wird sich

das Defizit mindestens auf 304 Mill. Mark, möglicherweise auf 315 Mill. Mark erhöhen. Das hängt auch von der Gestaltung des Etats für 1930 ab. Die Biersteuererhöhung um 75 Prozent wird nach der Schätzung für das erste Jahr, wo mit einem Konjunkturrückgang gerechnet wird, 240 Millionen bringen, von denen 150 Mill. an das Reich und 90 Millionen an die Länder fallen. Der erhöhte Kaffee- und Seesalz bringt 65 Mill., der Benzin- und Benzolöl 65 Millionen, wovon 25 Millionen an das Reich, 40 Millionen an die Länder fließen sollen. Da gleichzeitig der Zuschlag der Kraftfahrzeugsteuer von 15 auf 10 Prozent herabgesetzt werden soll, würden auf die Länder 10 bis 11 Millionen weniger fallen, so daß die 40 Millionen tatsächlich eine Ueberweisung von 80 Millionen an die Länder bedeuten. Dazu kommt für Benzin und Benzol aus der inländischen Produktion eine Steuer, die auf 4,80 M. bemessen wird. Die Gesetzentwürfe über die Verkürzung der Fälligkeitstermine bei der Tabak- und Zuckerteuer bei gleichzeitiger Aufhebung der Tabak- und Zuckerteuer sollen eine Einnahme von 30 Millionen bringen. Aus der Industriebelastung sollen dem Etat selbst 50 Millionen zuströmen, während weitere 50 Millionen zu einem Notfonds für die Arbeitslosenversicherung verwendet werden. Schließlich soll noch die Mineralwassersteuer 40 Millionen bringen.

Zusammen ergeben diese Vorlagen ein Aufkommen von 326 Millionen.

Infolge des späteren Inkrafttretens der Gesetze durch die Neubildung der Regierung tritt ein Ausfall von mindestens 22 Millionen ein. Für dieses Jahr stehen also 304 Millionen zur Verfügung, die dem oben angeführten Defizit entsprechen. Die Regierung legt Wert darauf, daß auch das Branntweinsteuergesetz möglichst bald verabschiedet wird.

In Vorbereitung ist ein Ermächtigungsgesetz, das die Regierung ermächtigen soll, die Kapitalertragsteuer zu einem möglichst frühen Termin aufzuheben und die Kapitalverkehrssteuer zu mildern, sobald der Zeitpunkt dazu gekommen ist. Beides soll das Einfließen ausländischen Kapitals erleichtern. Die Rentabankzinsen der Landwirtschaft sind vom 1. April d. J. bereits aufgehoben. Notwendig ist die möglichst beschleunigte Verabschiedung der vorliegenden Gesetze. Bis Ende nächster Woche, also vor Beginn der Osterpause, müssen die Deckungsvorlagen verabschiedet sein, weil sonst die in der Sanierung begriffene Kassenlage wiederum in erhebliche Unordnung geraten würde.

Auf die Frage nach den Zielen des Gesamtfinanzprogramms kann ich auf die Regierungserklärung verweisen, in der mit abso- luter Deutlichkeit gesagt worden ist, was das Gesamtprogramm will. Die Regierungserklärung spricht klar und deutlich von der Notwendigkeit der Kassenanierung, der Ausbalancierung des Etats und der kommenden Entlastung der Wirtschaft durch Steuerentlastung. Die Reichsregierung bekennet sich zu diesem Programm einer Finanzreform. Die Reichsregierung steht

zu dem letzten Kompromiß der früheren Regierungsparteien, in dem auch die Frage der Arbeitslosenversicherung geregelt ist. Ich bin nicht in der Lage, in diesem Augenblick, in dem sich neue Vorlagen in Vorbereitung befinden, Einzelheiten über das Agrarprogramm und die Agrarvorlagen anzugeben; ich kann nur erklären, daß durch diese neuen Vorschläge jedenfalls der Etatsantrag nicht gestört wird. Wenn gefordert wird, daß wir der Reichsbahn 100 bis 150 Millionen Beförderungssteuern im nächsten Jahre erlassen, so würde dadurch ein Ausfall entstehen, der an den Steuerentlastungen fehlen müßte. Wir schien vordringlicher die Senkung der Realsteuern und der Einkommensteuer. Wir stehen mit der Reichsbahn in Verhandlungen und hoffen, daß es möglich sein wird, eine Tarifierhöhung zu vermeiden.

Bei der Kapitalflucht müssen wir mit außerordentlich hohen Beträgen rechnen. Dieser Kapitalflucht, diesem Pessimismus entgegenzutreten und die schwere Belastung des Gewerbes zu mildern, war das Ziel, das zu dem Gedanken führte, die direkten Steuern abzubauen und dafür die indirekten zu erhöhen. Wenn wir als die größte soziale Aufgabe der Gegenwart

die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit betrachten, so wissen wir, daß das Problem nicht wurzelt in einer möglichst gut ausgestatteten Arbeitslosenversicherung, sondern in der Frage, wie man den jetzt erwerbslosen Arbeitern Arbeit und Brot verschaffen kann. Man muß also sagen: ein Steuerprogramm, das versucht, zunächst einmal die Kasse in Ordnung zu bringen, das versucht, Ruhe in die Wirtschaft zu bringen und den Kredit zu heben, muß sich auswirken zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit durch Entlastung der Wirtschaft, die viel weniger dem Unternehmer zugute kommt als der großen Masse, die dort Beschäftigung findet. Eine Erhöhung der Einkommensteuer in diesem Augenblick würde eine geradezu katastrophale Wirkung haben und alle die schlimmen Folgen des bisherigen Systems noch steigern.

Die Gefahr der Tarifierhöhung bei der Reichsbahn.

Berlin. Der Verkehrs-ausschuß des Reichsverbandes des Deutschen Groß- und Ueberseehandels e. V. beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung unter anderem mit der Frage der Neuordnung des Stückgutverkehrs und der von der Reichsbahn vorgeschlagenen Maßnahme zur Durchführung einer Tarifierhöhung sowie mit der Frage der Beziehungen zwischen Eisenbahn und Kraftwagen. Er brachte seine Stellungnahme zu diesen Fragen in einer Entschließung zum Ausdruck, in der es unter anderem heißt: „In Anerkennung der wenig übersichtlichen Lage der Finanzen der Reichsbahn und im Hinblick auf den in den letzten Monaten eingetretenen Verkehrsrückgang glaubt der Verkehrs-ausschuß des RDV. der Neuordnung der Stückguttarife und des Expressguttarifes zustimmen zu sollen.“

Gegen jede Erhöhung der Eisenbahntarife im Güter- und Personenverkehr

muß mit aller Schärfe Einspruch erhoben werden. Eine finanzielle Entlastung der Reichsbahn muß auf anderem Wege herbeigeführt werden. Vor allem müssen Ersparnisse durch innere Reformen, besonders auf personellem Gebiet, angestrebt werden. Es muß weiter beschleunigt auf eine organische Zusammenarbeit zwischen Eisenbahn und Kraftwagen hingewirkt und eine rationelle Zusammenarbeit zwischen Post und Eisenbahn erreicht werden. In der Frage des Wettbewerbs zwischen Eisenbahn und Kraftwagen erhebt der Verkehrs-ausschuß einmütig Einspruch gegen die von der Reichsbahn vorgeschlagenen Maßnahmen.“

Der Deutsche Beamtenbund gegen Beamtenabbau.

Der Gesamtverband des Deutschen Beamtenbundes hielt im Reichswirtschaftsrat in Berlin eine Sitzung ab, an der auch eine Reihe von Parlamentariern des Reichstages und des Preussischen Landtags teilnahmen. Einstimmig nahm der Gesamtverband des Deutschen Beamtenbundes folgende Entschließung an: „Der Deutsche Beamtenbund hat zur Frage der Verwaltungs- und Befähigungsreform wiederholt im positiven Sinne Stellung genommen und angesichts der schweren wirtschaftlichen Not Deutschlands dabei auch die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Herabminderung der öffentlichen Ausgaben anerkannt. Es darf indessen nicht zu Maßnahmen gegriffen werden, die eine offensichtliche Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte der Beamten darstellen.“

